

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Reichträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 80 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 29. Januar 1895.

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Graesswald G. Illies.  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Reichsfinanzwesen.

Im Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes  
betreffend die anderweitige Ordnung des Finanz-  
wesens des Reichs gestern Abend verteidigt worden.  
Obgleich der Inhalt schon bekannt ist, geben wir  
noch den Wortlaut wieder:

Für die Zeit vom 1. April 1896 bis zum  
31. März 1901 treten die nachstehenden Be-  
stimmungen in Kraft:

§ 1. Matrularbeiträge, ansehnlichste der  
von einzelnen Bundesstaaten zur Reichskasse zu  
zahlenden besonderen Ausgleichsbeträge sind für  
jedes Staatjahr nur in einer Höhe in den  
Reichshaushalts-Etat einzuführen, welche den ver-  
anschlagten Gesamtbetrag der Bundesstaaten  
nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen  
aufzubringen übersteigt aus den Erträgen der  
Zölle, der Tabaksteuer, der Reichs-Stempelabgaben  
und der Verbrauchsabgabe für Branntwein sowie  
des Zugslohs zu demselben nicht übersteigt. Er-  
giebt sich nach der Rechnung für ein Staatjahr  
ein höherer als der in dem Reichshaushalts-  
Etat veranschlagte Betrag an Ueberweisungen, so  
verbleibt der Mehrbetrag dem Reich und es sind  
die den Bundesstaaten aus dem Ertrage der  
Zölle und der Tabaksteuer zu überweisenden Be-  
träge nach dem Verhältnis der Bevölkerung,  
welche der Verteilung ihres veranschlagten Be-  
trags unter die einzelnen Bundesstaaten zu-  
Grunde gelegt war, entsprechend zu kürzen. Er-  
reichen nach der Rechnung für ein Staatjahr die  
Ueberweisungen nicht die in dem Reichshaushalts-  
Etat festgesetzte Höhe der Matrularbeiträge, so  
bleibt ein entsprechender Betrag der letzteren  
mehr und wird von den veranschlagten  
Matrularbeiträgen der einzelnen Bundesstaaten  
nach dem Verhältnis der Matrularbeiträge, aus-  
schliesslich der im ersten Absatz bezeichneten Be-  
sonderen Ausgleichsbeträge, abgezogen.

§ 2. Nach der Rechnung sich ergebende  
Ueberträge des Reichshaushalts sind zu einem  
besonderen Fonds anzusammeln, welcher zur Aus-  
gleichung in folgenden Jahren nach der Rechnung  
sich ergebender Fehlbeträge zu verwenden ist. Zu  
dem letzteren Zweck ist derselbe in den Reichshaushalts-  
Etat desjenigen Jahres, in welchem der  
Fehlbetrag eines früheren Jahres zu decken ist,  
bis in Höhe dieses Fehlbetrags in Ueberschuss zu  
stellen, insofern nicht der betreffende Etat ander-  
weit die Mittel zur Deckung bietet.

§ 3. Hat der im § 2 bezeichnete Aus-  
gleichsfonds einen Bestand von 40 Millionen  
Mark erreicht, so sind die weiteren demselben zu-  
fließenden Beträge zur Tilgung von Reichsschulden  
zu verwenden. Die nähere Bestimmung hierüber  
erfolgt durch den Reichshaushalts-Etat be-  
ziehungsweise das Gesetz, betreffend die Feststellung  
desselben.

§ 4. Die Verwaltung des im § 2 bezeich-  
neten Ausgleichsfonds führt der Reichskassier.  
Die Bestände des Fonds dürfen nur in Schuld-  
verschreibungen und Schatzanweisungen des Reichs  
verköuflich angelegt werden. Die Zinsen wachsen  
dem Fonds zu. Dem Bundesrat und dem  
Reichstag ist bei ihrem regelmäßigen jährlichen  
Zusammentritt über den Bestand des Fonds und  
die bei demselben vorgekommenen Veränderungen  
Mitteilung zu machen.

§ 5. Zur Deckung eines im Reichshaushalts-  
Etat bei den fortwährenden Ausgaben und  
den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats  
sich ergebenden Fehlbetrags, soweit bezüglich des-  
selben nicht die Bestimmung im § 2 dieses Ge-  
setzes zur Anwendung kommt, können auch Zu-  
schüsse auf die dem Reich zustehenden Stempel-  
und Verbrauchsabgaben gelegt werden. Die Be-  
stimmung darüber, auf welche Abgaben, in welcher  
Höhe und auf welche Dauer Zuschüsse gelegt  
werden sollen, erfolgt durch ein besonderes Gesetz.

§ 6. Zur Deckung eines im Reichshaushalts-  
Etat bei den fortwährenden Ausgaben und  
den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats  
sich ergebenden Fehlbetrags, soweit bezüglich des-  
selben nicht die Bestimmung im § 2 dieses Ge-  
setzes zur Anwendung kommt, können auch Zu-  
schüsse auf die dem Reich zustehenden Stempel-  
und Verbrauchsabgaben gelegt werden. Die Be-  
stimmung darüber, auf welche Abgaben, in welcher  
Höhe und auf welche Dauer Zuschüsse gelegt  
werden sollen, erfolgt durch ein besonderes Gesetz.

## Die Botschaft des Präsidenten der französischen Republik.

Paris, 28. Januar. Die heute im Parla-  
ment verlesene Botschaft des Präsidenten Faure  
spricht für die Wahl Dank aus und bezeichnet  
dieselbe als eine Ehre der arbeitenden  
Demokratie, zu welcher der Präsident sich bezieht.  
Die Mitglieder des Kongresses hätten eine feierliche  
Huldigung erweisen wollen der Arbeit im  
Stillen, welche die Demokratie unablässig für die  
Größe Frankreichs ausübt. Der Präsident fügt  
hinzu, er könne die ganze Größe seiner Pflicht  
und werde sich denselben nicht entziehen, vielmehr  
ihnen seine ganze Hingebung und alle Wachsam-  
keit widmen, um die Beobachtung der konstitu-  
tionalen Gesetze und eine gesetzmäßige, lokale Aus-  
übung des parlamentarischen Regimes sicher zu  
stellen. Die Botschaft erinnert weiter an die  
Kette, mit welcher sich die Uebertragung der  
Präsidentenwürde vollzog, und fährt fort:  
„Das Parlament hat bewiesen, daß das freie  
Funktionieren der Institutionen für alle Umstände  
ausreicht, um einen ununterbrochenen Gang der  
öffentlichen Geschäfte zu sichern. Die republi-  
kanische Staatsordnung kann übrigens keiner  
Gefährdung ausgesetzt sein. In ihrem Augenblick  
kann hauptsächlich die Nation ihren Willen durch  
die Vermittlung ihrer Vertreter zum Ausdruck  
bringen und diese Vertreter haben immer die  
Sicherheit, in der Regierung einen treuen Mit-  
arbeiter zu finden. Frankreich verweicht nicht  
eine nutzlose Agitation mit dem unpopulären  
Fortschritt. Es darf durch seine Gleichgültigkeit,  
trotz seiner hervorragenden Position, nicht in  
hochherzigen Dingen, ist Frankreich nicht Sklave  
irgend einer vorgefassten Meinung, aber es ver-  
schließt sich nicht den großen Problemen, welche  
in der ganzen Welt die Geister bewegen. Eine  
Lösung zu suchen, welche geeignet ist, diese  
Probleme dem nationalen Genie und den  
Ueberlieferungen der Eiten anzupassen, das  
ist die wichtigste Aufgabe, die das Parlament zu  
verfügen hat. Alle Gegenstände werden sich in  
demselben Gedanken zusammenfinden, in dem Ge-  
danken der Verfassung, Vernünftigkeit und sozialen  
Gerechtigkeit, um durch die allgemeine Eintracht  
und durch die republikanische Bruderschaft die  
andauernde Entwicklung des materiellen und  
moralischen Gelebens vorzubereiten. Erfolg auf  
seiner Arme und Marine, stark genug, um mit  
Recht laut seine Friedensliebe bekunden zu können  
— und im Besitze so reichlicher Sympathien, an  
denen das Land unerschütterlich festhält, rufen sich  
Frankreich in dem neuen Streben zum Fortschritt,  
die Nationen zu den großen Taten einer Arbeit  
einzuladen, welche würdig ist, das Jahrhundert zu  
krönen. In Literatur, Kunst, Wissenschaft, In-

dustrie, Handel, Ackerbau, in den breiten Massen  
des allgemeinen Stimmrechts, muß ebenso wie in  
der politischen Welt derselbe Geist alle diejenigen  
vereinen, denen der Glanz des französischen Na-  
mens am Herzen liegt.“ Die Botschaft schließt:  
„Zu dieser Vereinigung, zu dieser gemeinsamen  
Arbeit für die Macht und den Ruhm der Re-  
publik lade ich Sie ein in dem sicheren Bewußt-  
sein, hierin der Interpret unserer gesamten Demo-  
kratie zu sein.“

Im Senat verlas der Justizminister Trarieu  
die Botschaft des Präsidenten Faure, welche sehr  
beifällig aufgenommen wurde. Die nächste Sitzung  
findet Donnerstag statt.

Zu der Deputiertenkammer verlas der Mi-  
nisterpräsident Ribot die Botschaft des Präsidenten  
Faure, deren hervorragende Stellen applaudiert  
wurden. Gobel interpelliert über die Politik und  
die Bildung des neuen Kabinetts. Gobel hält die  
Nothwendigkeit der Verfassungs-Revision aufrecht  
und verlangt Auskunft über die Meinung der Re-  
gierung über die Erpressungsaffären, die Ein-  
kommensteuer und andere Fragen. Er beantragt  
eine Tagesordnung, welche jedes Kompromiß mit  
der Mehrheit und die Politik des Widerstandes gegen  
die Demokratie zurückweist.

Paris, 28. Januar. Faures Botschaft fand  
in beiden Kammern höchst beifällige Aufnahme.  
Besonders stark wirkten die Auspielungen aus  
Faures bescheidene Herkunft und auf die Welt-  
ausstellung von 1900. Das Faure von dieser  
Sprache, wird als ein extremer Beweis seines  
Vertrauens zu der Stetigkeit der Verhältnisse an-  
gesehen. Auch der Hinweis auf den Fortbestand  
der Russenfreundschaft wurde anerkennend bemerkt.

## Deutschland.

Berlin, 29. Januar. Dem Kaiser Wilhelm  
sind diesmal zu seinem Geburtstag an Stelle der  
sonst üblichen Telegramme von ausländischen  
Souveränen viele handschriftliche Glückwünsche zu-  
gegangen. Unter Anderen haben Kaiser Franz  
Josef und König Humbert schriftlich ihre Gratula-  
tion in herzlichen Worten zum Ausdruck ge-  
bracht. Unter den Gratulanten, welche durch den  
Druck ihre Wünsche übermitteln, befindet sich  
auch der noch immer in Montreux weilende ehe-  
malige Reichskanzler Graf Caprivi.

Ueber die studentische Huldigungsfahrt  
zum Fürsten Bismarck verläutet ein gestern am  
schwarzen Brett der Universität erscheinender An-  
schlag Folgendes:

Kommitionen!  
Fürst Bismarck hat die Huldigungsfahrt an-  
genommen und wird die Teilnehmer an derselben  
am 1. April in Friedrichsruh empfangen. Wir  
haben angelegene Hamburger Bürger für unsern  
Plan zu gewinnen gesucht, die Bildung von Lokal-  
komitees zur Beschaffung von Quartier angeregt  
und überall freundschaftliches Entgegenkommen gefunden.  
Zur Abhaltung des Kommerzes ist uns das Säge-  
bischke-Etablissement von dem Besitzer unter den  
konstanten Bedingungen zur Verfügung gestellt  
worden; die gewaltigen Säle dieses Etablissements  
bieten für die denkbare größte Zahl von Theil-  
nehmern hinreichend Platz. Es haben ferner Ver-  
handlungen mit der Eisenbahnverwaltung statt-  
gefunden, um für die Teilnehmer an der Fahrt  
Vergünstigungen zu erwirken, resp. Extrazüge ein-  
zurichten. Auch diese haben ein sehr günstiges  
Resultat gehabt. Wir sind der Hoffnung, daß die  
Kommitionen die Ehre, vom Fürsten Bismarck  
am Geburtstag selbst empfangen zu werden, nicht  
mindest aber das Wohlwollen weiter Kreise, das uns  
die Hauptschwierigkeiten so glücklich überwin-  
den ließ, werden zu würdigen wissen. Wir  
erwarten, daß durch recht zahlreiche Theilnahme  
die Kundgebung sich zu einer wirbigen und glän-  
zenden gestalten werde. Wir fordern daher die  
jeztigen Kommitionen, welche beschäftigten, sich an  
der Fahrt zu betheiligen, auf, in die beim Ober-  
pedell aufstehenden Pläne sich einzutragen. Bei  
der Eintragung muß ein Beitrag von 2 Mark für  
Unkosten (Wohnst., Extrazug von Hamburg nach  
Friedrichsruh, Kommerzenkosten) entrichtet wer-  
den. Die Beförderung nach Hamburg wird, falls  
die Theilnahme eine genug große sein wird,  
durch Extrazüge auf verschiedenen Routen ge-  
geben. Anderenfalls erhalten die Teilnehmer  
Ermäßigung des Fahrpreises. Dieselbe besteht  
darin, daß für Hin- und Rückfahrt nur der Preis  
für Hinfahrt gezahlt wird. Für Extrazüge stellt  
sich das Fahrgehalt noch bedeutend billiger. Alles  
Weitere wird durch Anschlag bekannt gegeben  
werden. Mit studentischem Grusse: Der Ausschuss  
der deutschen Studentenschaft. J. A.: Bruch,  
stud. theol.

Der am Geburtstage des Kaisers zum  
Generalleutnant beförderte Kommandant des  
königlichen Zeughauses Hing hat nun einen Arm.  
Im Jahre 1849 bei der Garde-Artillerie-Brigade  
in die Arme eingetreten, nahm er als Haupt-  
mann und Batterieführer am Feldzuge gegen Frank-  
reich theil, wo ihm bei St. Privat am 18. August  
1870 der linke Arm zertrümmert wurde, den er in  
folge davon verlor. Trotz dieser schweren Ver-  
wundung im aktiven Dienstverhältnis verbleibend,  
wurde er zu verschiedenen wichtigen Kommandos  
ausgeschieden, so u. a. 1875 zum Vorkommando  
des Artilleriedepots ernannt. Nachdem er 1872  
Major, 1879 Oberleutnant und 1883 Oberst  
geworden war, erhielt er 1888 den Charakter als  
Generalmajor. Am 1. April 1878 wurde Hing  
mit der provisorischen Verwaltung des Zeughauses  
betraut, der am 1. Oktober 1879 die endgültige  
Ernennung zum Kommandanten folgte. Bei den  
Veranordnungen der Sammlungen leitete er, seinem  
Charakter als Artillerist entsprechend, die Auf-  
stellung der Geschütze in historischer Uebersicht.  
Die Verdienste, die er sich um das Zeughaus er-  
worben hat, sind vom Kaiser verschiedentlich an-  
erkannt worden. General Hing hat schon bei  
Vehelken an der Spitze seines Winkens ein Denk-  
mal erhalten. Auf dem von Prof. Weibren für  
die Feldherrnhallen des Zeughauses gemalten  
Bilde, das den Sturm auf St. Privat in der  
Schlacht von Gravelotte darstellt, ist rechts im  
Hintergrunde der Hauptmann Hing mit seiner  
Batterie sichtbar, während im Vordergrunde der  
damalige Generalmajor von Pape die 1. Garde-  
Infanterie-Division zum Sturm vorführt.

Der neuernannte kommandirende General  
des 1. Armeekorps General der Infanterie Karl  
Graf Fink von Finckenstein ist am 29. Juni 1833  
geboren, steht also im 60. Lebensjahre. Im Ka-  
dettenkorps erzogen, wurde er am 29. April 1854  
als Leutnant am 1. Garde-Regiment zu Fuß an-  
gestellt; vom Juli 1859 bis Oktober 1861 war er  
Adjutant des 2. Bataillons. 1864 während des

dänischen Krieges war er als Kompagnieführer  
zum Erlasbataillon des 3. Garde-Regiments zu  
Fuß kommandirt, dann wurde er Kompagnieführer  
bei der Unteroffizierschule in Potsdam. Im Kriege  
gegen Oesterreich rückte er zum Hauptmann und  
Chef der 9. Kompagnie des 1. Garde-Regiments  
auf und führte auch im Kriege gegen Frankreich  
dieses Kompagnie. Am 24. Mai 1871 wurde er  
als Militär-Attache zur Botschaft in Wien kom-  
mandirt, am 22. März 1872 unter Befehl  
in diesem Kommando zum Flügel-Adjutanten und  
kurz darauf zum Major ernannt. Vom 28.  
Oktober 1875 bis 11. Dezember 1880 komman-  
dte er das Garde-Jägerbataillon in Potsdam,  
dann wurde er mit der Führung des Leib-Gre-  
nadier-Regiments in Frankfurt a. M. beauftragt,  
am 16. September 1881 zum Oberst befördert  
und am 11. März 1882 zum Kommandeur des  
Leib-Regiments ernannt, das er am 15. Mai  
1883 mit dem 2. Garde-Regiment a. F. ver-  
tauschte. Am 3. August 1887 wurde er General-  
Major und Inspekteur der Jäger und Schützen,  
bald darauf auch General a. la suite des Kaisers.  
Am 24. März 1890 erhielt er seine Beförderung  
zum General-Lieutenant und Kommandeur der  
17. Division in Schwerin. Der General ist einer  
der wenigen hohen Offiziere, die nicht durch den  
Generalsrang oder die höhere Adjutantur gegangen  
sind. Der kommandirende General des 3. Arme-  
korps General der Kavallerie Adolf v. Willow ist  
am 11. Januar 1837 in Berlin geboren, also 58  
Jahre alt. Er ist am 21. März 1854 beim 12.  
Jülicher-Regiment auf Beförderung eingetre-  
ten und am 7. Februar 1856 zum Offizier  
befördert. Von 1860 bis 1863 besuchte er die  
Kriegsakademie, war dann zur topographischen  
Abtheilung des großen Generalstabs kommandirt  
und wurde im Mai 1866 Adjutant beim Generals-  
kommando des 4. Armeekorps. Bei der Mobil-  
machung erhielt er die Stellung als Adjutant der  
1. Armee; er nahm an dem Feldzuge in Böhmen  
Theil und trat dann zum 4. Korps zurück. Im  
Februar 1867 wurde er zum Generalstab des 2. Korps  
kommandirt, im April 1867 zum Rittmeister  
befördert und im Mai 1867 als Hauptmann in  
den großen Generalstab versetzt, in dem er bis  
zum Ausbruch des Krieges gegen Frankreich  
blieb; dann wurde er erst zum Generalstab des  
großen Hauptquartiers und am 11. August zum  
Generalstab des Oberkommandos der 2. Armee  
kommandirt. Nach Beendigung des Krieges kam  
er zum Generalstab des 3. Armeekorps, wurde  
aber schon im Juni 1871 zur Botschaft in Paris  
kommandirt, wo er nahezu 11 Jahre blieb.  
Zugewiesen wurde er 1872 Major, 1874 Flügel-  
adjutant, 1877 Oberleutnant und 1881 Oberst.  
1882 übernahm er das Kommando des 3. Garde-  
Infanterie-Regiments in Potsdam, 1885 dann die  
13. Kavallerie-Brigade in Münster; in dieser  
Stellung rückte er am 2. August 1887 zum  
Generalmajor auf. Vom 2. April 1889 bis 24.  
März 1890 wurde er unter Veretzung zu den  
Offizieren in der Armee dem Chef des General-  
stabes zur Verfügung gestellt, dann erhielt er als  
Generalleutnant das Kommando der 25. Division  
in Darmstadt.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des  
Reichstags hat die Anfrage auf Verjährung der  
Präsidentenwahl abgelehnt, sie steht jetzt vor der  
Frage der Herabsetzung der Beschäftigkeitsdauer.  
Man wird erwarten dürfen, daß ein dahin  
lautender Vorschlag angenommen wird. Das Ver-  
ständnis, daß die Reichsverfassung einer solchen  
Herabsetzung entgegenstehe, ist haltlos. Der be-  
treffende Verfassungsartikel lautet: „Der Reichs-  
tag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit  
zur Gültigkeit der Verfassungsgesetze ist die An-  
wesenheit der Mehrzahl der gesetzlichen Anzahl der  
Mitglieder erforderlich.“ Bei der beantragten  
Herabsetzung der Beschäftigkeitsdauer handelt  
es sich aber gar nicht um solche rechtsgültige Be-  
schlüsse, sondern nur um geschäftliche Fragen, wie  
namentlich um Anträge auf Schluß der Diskussion  
oder Vertagung. Wenn bei dieser Gelegenheit die  
„Freisinnige Zeitung“ wieder mit der alten Be-  
hauptung kommt, nur die Gewährung von  
Dilaten könne ein beschließfähiges Haus herbei-  
führen, so möchten wir das Wort daran erinnern  
daß Herr Eugen Richter bei einem Zusammen-  
traten von Abgeordnetenhaus und Reichstag „den  
Schwerpunkt seiner Thätigkeit“ nicht in das  
dilatanzahlende Abgeordnetenhaus, sondern in den  
dilatanzahlenden Reichstag verlegt. Das spricht doch  
wahrlich nicht für die „Zugkraft der Tagesgebel.“

Die Frage, ob Herr von Levetzow den  
Vorstoß im Reichstage beibehalten werde, hat plötz-  
lich wieder einen ersten Charakter angenommen.  
Nach der lebhaften Art, wie er sich für die An-  
trag auf Ausdehnung der Disziplinargesetze des  
Präsidenten in der Kommissionsberatung  
engagiert hatte, muß in der That mit einem Kom-  
mittee gerechnet werden, wenn der abgelehnte Vor-  
schlag auch von dem Plenum des Reichstags be-  
schlossen werden sollte. Wohl um auf dieses einen  
Druck auszuüben, wurden am Sonnabend im  
Reichstage die Gerichte verbreitet, die bereits er-  
wähnt worden sind. Man wollte sie auf den  
Präsidenten von Levetzow selbst zurückführen, der  
den Vizepräsidenten von Buol-Verenberg ersucht  
haben sollte, von seiner Abicht, zurückzutreten,  
Vithaltung zu machen. Herr von Levetzow war  
auch während des ersten Theiles der Sonnabend-  
Sitzung im Hause nicht anwesend. Zwischen den  
beiden konservativen und der national-liberalen  
Partei wurde während dieser Zeit lebhaft ver-  
handelt. Es geht, daß im Falle des Rücktritts  
des Herrn von Levetzow keine dieser Parteien  
weder für das Präsidium noch für die beiden  
Vizepräsidenten einen Kandidaten stellen,  
auch keine gegen ihren Willen erfolgte Wahl an-  
nehmen werde. Der Druck auf das Plenum des  
Hauses wird offenbar noch verstärkt werden,  
daß läßt sich seine Wirkung noch nicht absehen.  
Für das Zentrum dürfte die Aussicht, die Prä-  
sidentenstelle zu erhalten, eher verhängnisvoll einwirken  
auf die Absicht, jede Erweiterung der Disziplin-  
befugnisse abzulehnen.

Wahrlich liegt dem Reichstage ein  
Gegenwärtiger über die Abänderung der Gewerbe-  
ordnung vor. Nach Artikel 6 dieses Entwurfs  
soll § 42 der Gewerbeordnung wie folgt abge-  
ändert werden:

In Absatz 1 werden die Worte „auf Grund  
eines Gemeindefeststellers“ gestrichen. Der Magi-  
strat hat nun beim Reichstage petitionirt, von  
dieser Streichung Abstand zu nehmen und zu-  
gleich eine Denkschrift verfaßt, die für alle größeren  
kommunen von Interesse ist. Der Magistrat  
weist darauf hin, daß, während jetzt durch die  
höhere Verwaltungsbehörde auf Grund eines Ge-  
meindefeststellers der haushälterische Gewerbebetrieb

Einheimischer von einer Erlaubnis abhängig ge-  
macht werden kann, die eben so wie die Erthei-  
lung eines Gewerbebescheides zu versagen ist,  
nach dem vorliegenden Entwurf die Entscheidung,  
ob eine solche Beschränkung stattfinden soll, ledig-  
lich durch die höhere Verwaltungsbehörde ohne  
Mitwirkung der Gemeindebehörden getroffen wer-  
den soll. Diese Aufhebung der Beschränkung der  
höheren Verwaltungsbehörde durch die Gemeinde-  
behörden scheint dem Magistrat weder durch die  
Wirkungen der jetzigen gesetzlichen Bestimmung  
noch durch die thatsächlichen Verhältnisse be-  
gründet. Die Motive führen an, daß bisher von  
der Verlegung zum Erlasse der entsprechenden An-  
ordnung nur vereinzelt Gebrauch gemacht worden  
sei und schließen, daß dies wesentlich auf Mängeln  
der gesetzlichen Bestimmung beruhe. Der Magi-  
strat faßt dies nicht zugeben, ist vielmehr der  
Meinung, daß die örtlichen Verhältnisse sehr ver-  
schiedenartig sind und an einem Plage sehr wohl  
Veranlassung vorliegen kann, den haushälterischen  
Gewerbebetrieb Einheimischer zu beschränken,  
während dieser sich in anderen Orten als sehr  
nützlich und notwendig erweist. Gerade hier sei  
es erforderlich, nicht schablonenhaft, sondern genau  
unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse  
und Verhältnisse zu verfahren. Neben verkehrs-  
polizeilichen und gesundheitspolizeilichen Rück-  
sichten ist die Frage der Versorgung der Bevölke-  
rung mit Gebrauchsgegenständen der verschiedensten  
Art, seien die Gewerbeverhältnisse zahlreicher durch  
den Handel im Umherziehen ihren Lebensunter-  
halt stiftender kleiner Kräftegenossen ins Auge zu  
fassen. Daß hierzu vornehmlich die Gemeinde-  
behörden und nicht die höheren Verwaltungsbe-  
höden geeignet seien, bedürfe keiner Ausführung,  
zumal diese in der Regel nicht in der Gemeinde,  
am deren Interesse es sich handelt, ihren Sitz  
haben und daher auch weniger zur Beurtheilung  
der lokalen Verhältnisse befähigt sind, als die Ge-  
meindebehörden. Nur bei Uebereinstimmung beider  
Behörden werde in der vorliegenden Frage unter  
Berücksichtigung der polizeilichen und lokalen An-  
forderungen entschieden werden können. Daß die  
gesetzliche Bestimmung Unbilligkeit gereizt habe,  
sei dem Magistrat nicht unbekannt geworden. Der  
Magistrat betont dann noch, daß er nicht zugeben  
könne, daß die höheren Verwaltungsbehörden in der  
Tage seien, die örtlichen Verhältnisse besser und  
objektiver zu beurtheilen als die Gemeindebehörden.  
— So dürfen wohl die Magistrate aller Kom-  
munen denken.

Strasbourg i. G., 28. Januar. Der Kan-  
desanseh wurde heute Nachmittag 3 Uhr durch  
den Statthalter Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg  
in Gegenwart des Ministers eröffnet. In  
längerer Rede hielt der Statthalter zunächst die  
Abgeordneten herzlich willkommen und gab sodann  
ein Bild der Finanzlage. Dieselbe sei für das  
laufende Staatjahr noch betriebend, dank den  
wachsenden Erträgen und der eigenen Einnahme-  
quellen und in Folge des Umstandes, daß die  
entgeltliche Abrechnung mit dem Reich vor-  
ausichtlich sich erheblich günstiger stellen werde,  
als bei der Aufstellung des Etats angenommen  
wurde. Die weitere Gestaltung sei in der Haupt-  
sache davon abhängig, daß das Finanzverhältnis  
zwischen dem Reich und den Einzelstaaten derartig  
geordnet würde, daß die Landes-Fonds von der  
Zufuhrleistung an das Reich entbunden würden.  
Sollte ein befriedigender Ausgleich der finanziellen  
Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten  
nicht stattfinden, so sei zu befürchten, daß das  
Landes-Staatjahr 1895-96 trotz Einschränkung  
der Ausgaben mit einem Fehlbetrag abschließen  
würde. Weiter berührte der Statthalter den Ge-  
genwärtigen über die Gebäudefeuer. Die Uebersicht-  
schätzung des Ertrages der Gebäude sei vollendet  
und auf Grund derselben könne die neue Gebäude-  
steuer eingeführt werden, welche bestimmt sei, an  
Stelle der bisher mit der Grundsteuer vereinigten  
Gebäudefeuer zu treten. Einem allgemeinen Wunsch  
entsprechend solle die veraltete Thür- und Fenster-  
steuer wegfallen. Das neue Steuersystem bezwecke  
keine Vermehrung, nur gerechtere Vertheilung der  
Steuereinnahmen. Ferner stellte der Statthalter  
erneute Verlegung des Spactafelgesetzes in Aus-  
sicht, welches in der letzten Tagung unerledigt ge-  
blieben sei, außerdem zwei Gesetzentwürfe behufs  
Ergänzung der bestehenden Gesetze über das Grund-  
eigentum und die Einrichtung von Grundbüchern.  
Der Statthalter gab der bestimmten Hoffnung  
Ausdruck, über die von der Regierung vorge-  
schlagenen Reformen eine Verständigung zu erzielen  
und erklärte im Namen Sr. Majestät des Kaisers  
die 22. Tagung eröffnet und schloß mit einem  
Doch auf den Kaiser. — Hieran wurde der Prä-  
sident Jean Schlumberger und der erste Vice-  
präsident James durch Zufall wiedergewählt, wäh-  
rend als zweiter Vizepräsident Staatsrath Julius  
Klein gewählt wird.

Österreich-Ungarn.  
\*\* Die Zurückhaltung, womit man in Ungarn  
dem Kabinete Banffy in den ersten Tagen seines  
Bestandes begegnete, weicht allmählich einer fast  
allgemeinen sympathischen Anerkennung und Zu-  
versicht. War schon der ruhige, vorzügliche Ton  
der Programmrede des Ministerpräsidenten selbst  
geheim, das höfliche Gebahren der Opposition,  
welche mit den neuen Männern ein gar leichtes  
Spiel zu haben vermeinte, in das Gefühl der Ver-  
legenheit zu verandern, so hat die Rede des  
Kultus- und Unterrichtsministers Julius Vassics  
bei der Kultusdebatte ein Uebrigendes getan, um  
das Ministerium in der Achtung aller Parteien  
gewaltig steigen zu machen. Das Kultus-Exposé  
des jungen Ministers machte auf das ganze Haus  
einen nachhaltig günstigen Eindruck, und mit ge-  
ringen Ausnahmen äußert sich die gesamte Presse  
im Tone vollen Lobes über die Kultuspolitik der  
neuen Regierung. Dieser Theil ihres Programms  
legt das Hauptgewicht auf den intensiven kulturellen  
Aufbau einerseits und die Verschönerung, den Aus-  
gleich der Gegensätze andererseits. Die in Folge  
der kirchenpolitischen Aktion verstimmt Konfession-  
nen sollen, ohne prinzipielle Tangirung der vom  
Kabinete Vassics übernommenen epochenmachenden  
Reformen, beruhigt, die scharfen Konflikte, die das  
Parteilieben aufzuweisen hat, nach Thunlichkeit ge-  
mildert werden. Nimmt man hierzu noch, daß  
das Regierungsprogramm im Allgemeinen die  
vollständige Wiederherstellung der Harmonie zwischen  
Krone und Parlament, ferner ein beruhigendes  
Entgegenkommen gegenüber den Nationalitäten und  
schließlich die rückhaltlose Vertheidigung der aus  
dem 1867er Ausgleichsgesetze fließenden staatsrecht-  
lichen Verhältnisse zur Aufgabe gestellt hat, so ver-  
steht man das Vertrauen, welches den Männern  
des „neuen Kurses“ entgegengebracht wird. Minister-  
präsident Baron Banffy hat schon in der kurzen

Zeit seiner neuen Amtswürde gezeigt, daß er ganz  
der Mann ist, den Parteien zu imponiren und,  
was er sich vorgenommen, ebenso energisch, wie  
andereits konsequenter durchzuführen. Die Opposition,  
welche in dem Kabinete gern ein Uebergangs-  
ministerium gesehen hätte, ist auf dem besten  
Wege, ihre Selbsttäuschung zu erkennen.

Wien, 28. Januar. Die von Pest in ein  
hiesiges Abendblatt langirten Gerüchte von dem  
baldigen Rücktritt des Grafen Kalnoky sind ten-  
denziös und bilden augenscheinlich einen ver-  
späteten Nachklang gewisser früher in Pest bestan-  
dener, aber längst wieder beseitigter Bestim-  
mungen. Thatsächliches liegt ihnen schlechterdings  
nicht zu Grunde.

Pest, 28. Januar. Der Finanzanseh  
des Abgeordnetenhauses nahm ohne Debatte das  
Budgetpropositionen bis Ende April an. Der Ob-  
mann Szell beglückte den neuen Finanzminister  
als langjähriger Mitarbeiter des Ausschusses und  
versicherte ihn der Sympathie desselben.

Schweiz.  
Bern, 28. Januar. Der „Diritto“ hatte  
gemeldet, die technische Konferenz zur Veran-  
staltung des Simplon-Durchstichs sei auf den 15. Februar  
verschoben worden. Demgegenüber wird von un-  
terrichteter Seite erklärt, daß der Zeitpunkt für  
die Konferenz noch nicht festgesetzt sei; die Be-  
rathung werde in Mailand, wahrscheinlich in der  
zweiten Hälfte des Februar stattfinden.

Frankreich.  
Paris, 28. Januar. Marshall Camrobert  
ist gestorben.  
Französisch Certain Camrobert war am 27.  
Juni 1809 in St. Geré geboren, zeichnete sich seit  
1835 in Algerien aus und nahm 1837 als Haupt-  
mann an der Expedition von Konstantine theil.  
Seit 1847 Oberst und Kommandeur des 3. Bataillon  
regiments, machte er unter Cavaignac und Saint-  
Arnaud viele Kämpfe mit, besonders 1849 bei der  
Expedition nach der Zaafsa. 1850 als Brigaden-  
general nach Paris berufen, ward er Adjutant des  
Präsidenten, dem er sich nach längerem  
Schwanen entschließen anfolgte. Beim Staats-  
streich 1851 wirkte er als einer der thätigsten Ge-  
helfen Ludwig Napoleons mit, stellte in Paris die  
Kasse her und wurde 1852 zum Divisionsgeneral  
befördert. Im Krimkrieg kommandierte er zuerst  
unter Saint-Arnaud und wurde nach dessen Tode  
zum Oberbefehlshaber ernannt, legte aber, da er  
trotz aller Anstrengungen keine entscheidenden  
Erfolge erlangen und sich mit den Engländern nicht  
verständigen konnte, im Mai 1855 diese Stelle  
nieder, um Belisier Platz zu machen, und über-  
nahm wieder das Kommando des 1. Korps. Am  
18. März 1856 ward er Marshall. Im  
italienischen Kriege 1859 befehligte er das 3.  
Armeekorps und zeichnete sich in der Schlacht bei  
Magenta aus. 1870 wurde er zuerst an die  
Spitze der Mobilgarden im Lager von Chalons  
gestellt, übernahm aber, da er der gilligsten Meinung  
wegen seiner Unpopulartät nicht Herr werden  
konnte, unter Bazaines Oberbefehl das Kommando  
des 6. Korps der Rheinarmee und kämpfte  
16. August bei Bismarck und 18. August bei  
St. Privat, das ihn entriß. In Metz  
eingeschlossen und bei der Kapitulation mitgefangen,  
begab er sich nach Kassel zum Kaiser und lehrte  
erst nach dem Friedensschluß nach Frankreich  
zurück. Er war bis zum Tode des kaiser-  
lichen Prinzen einer der Führer der bonapartisti-  
schen Partei. Seit 1879 war er Mitglied des  
Senats.

Großbritannien und Irland.  
London, 28. Januar. Die Leiche Lord  
Grosvenors wurde gestern früh von dem Trauer-  
haufe nach dem Paddington-Bahnhof gebracht zur  
Ueberführung nach Woburn, wo heute die Be-  
erdigung stattfand. Der Bischof von Oxford, um-  
geben von der Geistlichkeit, empfing die Leiche am  
Eingang der Woodstock-Kirche, von wo sie nach  
Beendigung des Gottesdienstes nach dem Kirch-  
hofe überführt wurde. Am Grabe stand die  
Gattin mit den beiden Söhnen des Verstorbenen  
und den nächsten Verwandten. Mittags fand in  
der Westminster-Abtei ein Trauergottesdienst  
statt, welchem der Marquis von Salisbury, Lord  
Rosebery, der Kanzler der Schatzkammer Harcourt,  
Balfour, verschiedene Mitglieder der beiden Häuser  
des Parlaments, Notabilitäten und ein zahlreiches  
Publikum beizuhöhen. — Prinz und Prinzessin  
von Wales, sowie der deutsche und der russische  
Gesandter hatten Kränze gespendet.

Rußland.  
\*\* Die Stärke der russischen Militärmacht süd-  
lich des Amur, also nahe dem Kriegsschauplatz  
in Korea und der Mandchurei, ist in der Presse  
vielfach übertrieben worden. Geringfügige, wenn  
auch nicht aus amtlichen Quellen stammende  
Schätzungen bezeugen die Stärke der dortigen  
Garnisonen wie folgt: Wladivostok 7200 Mann,  
Possettai und Nowosifowsk 10 000 Mann, Nifols-  
koje 7000 Mann, Militärposten (Kofaten) längs  
der chinesischen Nordgrenze 1500 Mann. Das  
macht alles in allem noch nicht wohl 26 000 Mann,  
eine in Ansehung des von ihnen zu schützenden  
Gebietes geradezu minimale Zahl.

Japan.  
Tokio, 28. Januar. Die Japaner rücken  
stetig auf Weihaiwei auf dem Ueberlandweg von  
der Schantung aus vor, so daß die Stadt Ende  
dieser Woche vollständig eingeschlossen sein wird.  
Zwanzig japanische Kriegsschiffe, 19 Truppen-  
transportschiffe und 20 Torpedoböte liegen in  
der Schantungbai; alle schweren Geschütze wurden  
bereits gelandet. Die englischen, deutschen und  
anderen europäischen Kriegsschiffe wurden offiziell  
den Japanern benachrichtigt, daß sie beab-  
sichtigen, Tokio zu umschließen; es ist unbe-  
kannt, ob sie die Stadt zu besetzen beabsichtigen.  
13 fremde Kriegsschiffe ankern im hiesigen Hafen.  
Die europäische Bevölkerung ist in einiger Auf-  
regung, aber ohne Besorgnis.

Äfrika.  
Brasilia, 28. Januar. Hier, in der Haupt-  
stadt der südafrikanischen Republik, hat am Son-  
nabend Abend um 9 Uhr zur Feier des Geburts-  
tages Kaiser Wilhelms II. ein Kaiser-Kommerz  
festgefunden. Die Theilnehmer versammelten sich  
um die gegebene Stunde in der großen Halle von  
Werner Jahns „Transvaal-Palast“. Anwesend  
waren der Präsident der Republik, der gesamte  
ausführende Rath, das diplomatische Korps und  
400 deutsche Bürger. Den ersten Toast brachte



